

BastA!

Basels starke Alternative

Jahresbericht 2022

Impressum: Jahresbericht 2022. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint 1x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Oliver Bolliger, Nicola Goepfert, Sina Deiss, Franziska Stier, Tonja Zürcher, Mike Gosteli, Madelon de Maa | Druck: Phönix Basel

Inhaltsverzeichnis

1. ABSTIMMUNGEN.....	3
2. PARLAMENTE.....	4
2.1 Grosser Rat	4
Übersicht politische Vorstösse von BastA! im 2022	6
Motionen	6
Anzüge	7
Interpellationen	7
Schriftliche Anfragen	8
2.2 Nationalrat.....	9
Nur Ja heisst Ja.....	9
Mehr Demokratie	9
Drittes Geschlecht	9
2.3 Bürgerrinderat:	10
2.4 Einwohnerrat Riehen	10
3. BEWEGUNGEN.....	12
Migration/Flucht/Asyl.....	12
Internationales	12
Russland/Ukraine	12
Türkei/Kurdistan	13
Iran.....	13
4. BASTA!-INTERN.....	14
Neue Vision: Neuer Auftritt und geschärfte Positionierung	14
Neuer Co-Präsident	14
Mitgliederentwicklung.....	15
Arbeitsgruppen / Zusammenhänge.....	15
AG Migration	15
AG Umverteilung	15
Redaktionsgruppe Bulletin	16
Überwachungsstaat – Gerichtsurteil	16

Liebe Leser*innen,
Liebe Mitglieder,

in diesem Jahr haben wir die Systematik unseres Jahresberichts geändert. Anstelle eines Berichts vom Präsidium und der Koordination haben wir versucht die Projekte, die wir 2022 durchgeführt haben, aufzuzeigen.

Wir haben zudem versucht unseren Bericht etwas zu straffen, ohne dass er oberflächlich wird. Wir hoffen, dass uns das gelungen ist und wünschen euch viel Spass beim Lesen und Erinnern.

1. Abstimmungen

Das Berichtsjahr hat einige für BastA! wichtige Abstimmungen beinhaltet, in denen wir uns aktiv mit eigenen Abstimmungskampagnen oder in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen beteiligt haben. Wir konnten nach dem erfolgreichen Einreichen des Referendums, die Abstimmung um das teilrevidierte Freizeitgartengesetz mit einer gelungenen Kampagne gewinnen. Die Teilrevision des Freizeitgartengesetzes sah unter anderem eine Auflockerung des Kündigungsschutzes vor, in dem die bisherige Einsprachemöglichkeit der Pächter:innen bei Kündigung ein enormer Verwaltungsakt geworden wäre, der grosse Kosten verursacht und den sich nicht alle leisten können. Aber auch das Anrecht auf einen gleichwertigen Ersatz bei Aufhebung ist mit der Teilrevision aus dem Gesetz verschwunden, ein Garten wäre nur noch 'soweit möglich' ersetzt worden. Dies konnten wir mit einem klaren Abstimmungsergebnis glücklicherweise verhindern.

Auch bei der Abstimmung zu Basel 2030 hat sich BastA! aktiv am Abstimmungskampf beteiligt. Mit einer eigenen Plakatkampagne – „Taten statt Worte“ zeigten wir, wie wir den öffentlichen Raum begrünen und nutzen könnten. Die Basel 2030 Initiative verlangte konkret, dass Regierung und Parlament dafür sorgen, dass der Ausstoss an Treibhausgasemissionen im Kanton Basel-Stadt in allen Sektoren bis 2030 auf netto null sinkt. Eine Initiative die folgerichtig eingereicht wurde, nachdem der Grosse Rat zwar den Klima-Notstand ausgerufen hat, aber keine Schritte unternahm,

Massnahmen zu ergreifen oder zu handeln. Die Regierung hat einen Gegenvorschlag vorgelegt, der die Treibhausgasemission im Kanton bis 2037 auf netto null senken will. An der Urne konnten die Stimmberechtigten also zwischen Gegenvorschlag und Initiative entscheiden, nur ganz knapp wurde der Gegenvorschlag der Regierung gegenüber der Initiative angenommen. Die Stossrichtung endlich zu handeln fand jedoch eine breite Mehrheit.

Ein herber Schlag war die AHV21 Abstimmung, die verloren ging. Damit ist die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 bestimmt und dies obwohl Frauen ein Drittel weniger Rente erhalten als Männer und Care-Arbeit weiterhin unbezahlt bleibt. Auch hier beteiligte sich BastA! mit einer eigenen Kampagne am Abstimmungskampf.

Und ebenfalls im Berichtsjahr hat BastA! gemeinsam mit der JUSO, GRÜNEN BS und jgb erfolgreich das Referendum gegen das von der Regierung verabschiedete Steuersenkungspaket ergriffen. Das Steuersenkungspaket sieht unter anderem vor, die Vermögens- und Einkommenssteuer von Reichen zu senken. Damit torpediert diese Vorlage in Teilen die vor dem Stimmvolk gewonnene Topverdienersteuer der JUSO. Im hat wird die Stimmbevölkerung über das Steuersenkpaket entschieden. Neben der gemeinsamen Kampagne mit der JUSO, GRÜNEN BS, PdAS Basel, vpod region basel, Unia Aargau Nordwestschweiz, Syna und jgb macht BastA! eine eigene Kampagne und Aktionen.

2. Parlamente

2.1 Grosser Rat

Rückblick Grosser Rat 2022

Ein Amtsjahr im Grossen Rat dauert jeweils von Februar bis zum Januar des darauffolgenden Jahres. Die Berichterstattung betrifft das zweite Amtsjahr der Legislatur 2021-2024. Mit Tonja stellte BastA! das Fraktionspräsidium.

Insgesamt war BastA! mit 6 Personen in der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis sowie in verschiedenen Kommissionen vertreten. Vor den Sommerferien trat Nicola Goepfert die Nachfolge von Beat Leuthardt an, welcher nach sechs Jahren aus dem Grossen Rat zurückgetreten ist. Am Ende des Amtsjahrs ist dann, wie angekündigt, Beatrice Messerli nach knapp sieben Jahren ebenfalls aus dem Grossen Rat zurückgetreten. Auf ihren Rücktritt wird Fina Girard von jgb folgen und BastA! ist nur noch mit untenstehenden fünf Personen im Grossen Rat vertreten:

- Patrizia Bernasconi: Finanzkommission
- Heidi Mück: Bildungs- + Kulturkommission / Wirtschafts- + Abgabekommission
- Tonja Zürcher: Bau- + Raumplanungskommission / Petitionskommission
- Oliver Bolliger: Gesundheits- + Sozialkommission (Präsidium)
- Nicola Goepfert: Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Es gab wieder eine Vielzahl an Geschäften, Ratschläge und Abstimmungen bei denen wir als BastA! massgeblich an der Debatte beteiligt gewesen sind. Eine grosse Enttäuschung war die Ablehnung des Corona-Bonus durch die bürgerliche Ratsmehrheit im November und dies nachdem diese Kommissions-Motion bereits zweimal an die Regierung überwiesen worden ist. Schlicht ein politisches Debakel.

Wir können selbstbewusst behaupten, dass wir BastA!-Grossrät:innen zu den Umtriebigen im Parlament gehören und wiederholt mit Vorstössen versuchen auf die Realpolitik von linker Seite Einfluss zu nehmen. Hier ein paar Beispiele:

Anfangs Jahr wurde die Motion von Oliver für ein Stadthotel ein zweites Mal überwiesen. Diese Motion war noch eine Forderung aus der gewonnenen Abstimmung Recht auf Wohnen. Im Frühjahr 2023 kann mit einem Ratschlag der Regierung hierzu gerechnet werden. Ebenfalls wurde die Motion von Heidi für eine verbesserte Strom-Infrastruktur für die Rheinschiffe am Rheinbord ein zweites Mal überwiesen.

Ebenfalls von Erfolg gekrönt war Olivers Motion hinsichtlich eines freien Zugangs zur Jugendberatung der JUAR, welche von allen Fraktionen mitgetragen wurde. Dieser Druck hat dazu geführt, dass die Regierung zeitnah an der Umsetzung gearbeitet hat und die Zugangsbeschränkung

wurde aufgehoben. Die Motion wurde schlussendlich als erfüllt abgeschrieben. Gegen Ende Jahr wurde Heidi's Motion hinsichtlich Übernahme von Ämter ebenfalls mit breiter Unterstützung überwiesen. Leider hatte aber ihr Vorstoss betreffend der Möglichkeit einer Co-Kandidatur keine Chance – ebenso wenig wie die Motion für einen Stromunterstützung-Fonds im September von Oliver.

Die beiden Motionen von Tonja und Patrizia für klimagerechtes Bauen mit Grauen Energie wurden abgemildert und als Anzug überwiesen – ebenso die Motion von Heidi für eine Verkürzung der Antragsfrist bei Demos. Nicola hat seit Sommer letzten Jahres besonders den Umgang des JSD mit Demonstrationen kritisch mit Interpellationen und Anfragen begleitet. Den Anzug von Beatrice Messerli zur Abschaffung der Leistungschecks an Basler Schulen entfaltet seit Jahren seine grosse Wirkung und wurde im Dezember erneut nochmals stehen gelassen.

Übersicht politische Vorstösse von BastA! im 2022

Motionen

- Motion Oliver Bolliger betreffend einem Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit (Umsetzung von Recht auf Wohnen) – 2x als Motion am 16.2. überwiesen
- Motion Heidi Mück betreffend Einhaltung des Luftreinhalteplans 2016: Stromanschlüsse für Schiffe im Basler Rheinhafen – 2x als Motion am 16.2. überwiesen
- Motion Beatrice Messerli betreffend Verbot einer diskriminierenden Geschäftspraxis durch die Basler Kantonalbank und ihre Tochterfirma Bank Cler – wurde am 16.2. kein 2x überwiesen
- Motion Oliver Bolliger betreffend Freien Zugang für alle zur Jugendberatung der Juar – im August beantwortet und als erfüllt am 9.11. abgeschrieben
- Motion für einen Energie-Unterstützungsfonds zur finanziellen Entlastung der Bevölkerung am 20.10. nicht überwiesen
- Motion Heidi Mück betreffend Schaffung von Voraussetzungen für Co-Ämter im Regierungsrat am 15.12. nicht überwiesen
- Motion Heidi Mück betreffend Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät*innen und weitere Amtsträger*innen am 15.12. überwiesen

Anzüge

- Anzug Heidi Mück betreffend Besteuerung der Einnahmen aus Einspeisevergütungen von Photovoltaik-Kleinanlagen und Netzentgelt überwiesen
- Anzug Heidi Mück betreffend Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstrationen überwiesen von Motion umgewandelt
- Anzug Beat Leuthardt betreffend gleiche lange Spiesse in Bauvorhaben überwiesen von Motion umgewandelt
- Anzug Tonja Zürcher betreffend graue Energie bei Baugesuchen berücksichtigen überwiesen von Motion umgewandelt
- Anzug Patricia Bernasconi betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen überwiesen von Motion umgewandelt
- Anzug Beatrice Messerli betreffend Streichung der Leistungschecks an der Basler Volksschule – erneut stehengelassen

Interpellationen

- Nr. 16 Patrizia Bernasconi betreffend einer Klimafreundlichen Nationalbank
- Nr. 34 Beatrice Messerli betreffend Akkreditierung PH FHNW im Jahr 2027
- Nr. 37 Heidi Mück betreffend Auswirkungen des Autobahnbauprojekts Rheintunnel
- Nr. 39 Tonja Zürcher betreffend Zunehmender Antisemitismus online und in der realen Welt
- Nr. 48 Beat Leuthardt betreffend behördliche Beeinflussung, Beeinträchtigung und Verunglimpfung der aktuellen Referenden gegen den Abbau der Rechte in den Familiengärten?
- Nr. 49 Oliver Bolliger betreffend Entlastung von Armutsbetroffenen aufgrund hoher IWB-Rechnungen
- Nr. 72 Tonja Zürcher betreffend Bauvorhaben Rheintunnel und der versprochenen Rückbaumassnahmen
- Nr. 93 Patrizia Bernasconi betreffend steigende Energiepreise und Ergänzungsleistungen
- Nr. 95 Tonja Zürcher betreffend folgenschwerer Abschreibfehler beim Freizeitgartengesetz. Ist die Abstimmung überhaupt gültig?

- Nr. 113 Nicola Goepfert betreffend Kantonswechsel von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Personen sowie Menschen mit Schutzstatus S
- Nr. 116 Nicola Goepfert betreffend Erneute unterirdische Unterbringung von asylsuchenden Menschen
- Nr. 123 Tonja Zürcher betreffend schleppende Untersuchung des Vorgehens von Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei im Zusammenhang mit der «Basel nazifrei»-Demonstration vom 24. November 2018
- Nr. 126 Oliver Bolliger betreffend kein reduzierter Grundbedarf in der Sozialhilfe wegen zu teurer Krankenkasse
- Nr. 137 Beatrice Messerli betreffend Situation von Jugendlichen mit Long Covid
- Nr. 143 Oliver Bolliger betreffend ist ein erhöhter Verzugszins bei Steuerforderungen wirklich nötig?
- Nr. 146 Nicola Goepfert betreffend Demonstrationsstatistik 2022

Schriftliche Anfragen

- Heidi Mück betreffend Digitaler Jugendarbeit - Stand der Dinge und Weiterentwicklung
- Oliver Bolliger betreffend Auswirkungen einer Wiedereinführung der Erbschaftssteuer und der Möglichkeit eines zweckgebundenen Verwendungszwecks
- Beatrice Messerli betreffend Bauen rund um das Schulhaus Lysbüchel
- Heidi Mück betreffend Anzahl Demonstrationen in Basel.
- Beat Leuthardt betreffend Storchenparking schliessen?
- Beat Leuthardt betreffend Tram- und Velofeindliche Lichtsignalanlagen beseitigen?
- Beat Leuthardt betreffend Fahrgäste an Tramhaltestellen schützen statt gefährden?
- Oliver Bolliger betreffend Umsetzung der fachlichen Empfehlungen für Care Leaver
- Heidi Mück betreffend Unterstützungsangeboten für Mitglieder von Schulräten und Schulkommissionen mit Betreuungspflichten
- Heidi Mück betreffend fehlender Therapieplätze für traumatisierte Gewaltopfer

- Nicola Goepfert betreffend Umgang mit unbewilligten Demonstrationen
- Nicola Goepfert betreffend (un-)verhältnismässigem Mittel-Einsatz der Kantonspolizei Basel-Stadt

2.2 Nationalrat

Nur Ja heisst Ja

Bei der aktuellen Revision des Sexualstrafrechts geht es darum, das Strafrecht den gesellschaftlichen Realitäten anzupassen und die Menschen besser vor sexuellen Übergriffen zu schützen. So sollen neu Vergewaltigungen unabhängig des Geschlechts des Opfers als solches verurteilt werden. Umstritten ist jedoch die Frage, wann Sex als einvernehmlich gilt. BastA!-Sibel Arslan hat sich als Mitglied der nationalrätlichen Rechtskommission stark für ein «Nur Ja heisst Ja» eingesetzt. Diese auch «Zustimmungslösung» genannte Variante verlangt die Zustimmung der involvierten Personen. Der Nationalrat hat dieser Variante mehrfach zugestimmt. Der Ständerat hat sich hingegen für die schwächere «Nein heisst Nein» Lösung ausgesprochen. Auch die «Nein heisst Nein» - auch Widerspruchslösung genannte - Variante wäre im Vergleich zum heutigen Recht eine Verbesserung, weil sie es nicht mehr notwendig macht, nachzuweisen, dass Gewalt angewendet oder dem Opfer gedroht wurde. Diese Variante würde aber das falsche Signal setzen, dass sexuelle Handlungen an einer Person in Ordnung sind, solange diese nicht nein sagt. Aktuell ist noch offen, welche Lösung schlussendlich eine Mehrheit findet.

Mehr Demokratie

Einen Zwischenerfolg konnten wir mit der Zustimmung des Nationalrats zu Sibel Arslans Vorstoss für das Stimmrechtsalter 16 feiern. Im Herbst 2022 ging der konkreter Vorschlag für eine Verfassungsänderung in die Vernehmlassung.

Drittes Geschlecht

Frustrierend war hingegen die Antwort des Bundesrats auf ein Postulat von Arslan Sibel für ein drittes Geschlecht im Personenstandsregister. Er lehnt die Anerkennung von nicht binäre Menschen ab und versteckt sich dabei

hinter der Bevölkerung, die seiner Meinung nach noch nicht soweit sei. Dabei hätte gerade die rechtliche Anerkennung einen wesentlichen Einfluss darauf, was in der Gesellschaft als "normal" gilt. Hinzu kommt, dass gemäss einer Sotomo-Umfrage die Mehrheit der Bevölkerung für ein drittes Geschlecht in amtlichen Dokumenten ist. Sibel hat angekündigt, eine parlamentarische Initiative oder eine Motion einzureichen, um den Bundesrat zum Handeln zu verpflichten.

2.3 Bürgergemeinderat:

Zu Beginn des Jahres 2022 trat unser Bürgergemeinderat Pierre-Alain Niklaus zurück und Brigitta Gerber rückte für ihn in den Bürgergemeinderat nach. Brigitta ist eine erfahrene Parlamentarierin und übernahm im Zuge der Neuausrichtung der Fraktion Grünes Bündnis die Arbeit in der Aufsichtskommission. Zum Jahresende 2022 trat auch Beatrice Alder zurück, die das Amt 16 Jahre mit viel Herzblut ausfüllte. Auf sie folgte Nicolas Goepfert, unser amtierender Co-Präsident. An dieser Stelle möchten wir Pierre-Alain und Beatrice für ihre Arbeit danken.

In dieser neuen Parlamentsbesetzung griff unsere Fraktion den ambitionslosen Klimabericht der Bürgergemeinde, die verhaltenen Lohnanpassungen der Angestellten und ein anhaltendes Demokratiedefizit an.

Die Lohnanpassung der Angestellten umfasste für das Jahr 2023 nur 2,5 Prozent, während die Kantonsangestellten rund 3 Prozent erhalten.

Daneben machten wir darauf aufmerksam, dass amtierende Regierungsmitglieder bei den Parlamentswahlen von einer Benennung als „Bisherige“ profitieren. Diese Regelung wird unter anderem mit dem Wahlverfahren begründet, da der Bürgerrat vom Parlament gewählt wird. Aus unserer Sicht gilt es hiermit zu brechen und eine Volkswahl vorzunehmen.

2.4 Einwohnerrat Riehen

Schon der Februar bescherte dem reichen «grossen grünen Dorf» den ersten politischen Aufreger des Jahres: die Einwohnerratswahlen. Mit dem

Resultat durften wir zufrieden sein. Am Ende fehlten uns nur rund ein Dutzend Listenstimmen, um den angepeilten dritten Sitz zu ergattern und damit Fraktionsstärke zu erlangen (stattdessen ging der Sitz an die SP). Deshalb sind Conni Birchmeier (GP) und Mike Gosteli (BastA!) auch diese Legislatur in der Fraktion mit der EVP.

Zu den schon fast traditionellen grossen Rieher Themen (Reorganisation der Gemeinde, Investitionsstau im Bereich Infrastruktur und geplante Überbauung des Stettenfeldes) kam letztes Jahr noch der geplante Doppelspurausbau der S-Bahn mitten durch den historischen Dorfkern hinzu. Velowege und schützenswerte Bauten würden verschwinden. In bisher nicht gekannter Einmütigkeit verabschiedete deshalb der Einwohnerrat eine Resolution, welche die zuständigen Behörden auffordert, Alternativvarianten weiter zu verfolgen und eine bessere Lösung für Riehen zu finden.

Nicht ganz überraschend unzufrieden war Mike Gosteli mit der Beantwortung seiner «Interpellation zur Kostenwahrheit der Parkraumbewirtschaftung in Riehen». Bekanntlich haben Parkplätze in Riehen einen sehr hohen ideellen Wert. Deshalb dürfen Autobesitzende wahrscheinlich auch nicht mehr als Fr. 8.– pro Jahr für ihre Parkkarte bezahlen (in Basel kostet sie Fr. 284.–). Der Gemeinderat weiss schlicht nicht, wie hoch der durchschnittliche Kostendeckungsgrad eines öffentlichen Parkplatzes ist. In Basel dürfte er um 25% betragen. Rechne!

Schwerpunkt der politischen Arbeit von Mike Gosteli war das Engagement als Co-Präsident bei der unformulierten Gemeindeinitiative «Sauberes Quellwasser für das grosse grüne Dorf», welche die Sanierung der Deponie Maienbühl fordert. Ende Jahr waren bereits mehr als die benötigten 1000 Unterschriften zusammen. Anfang 2023 wird die Initiative eingereicht.

Zum Schluss sei noch das grosse herbstliche Fest mit dem irritierenden Titel «500 Joor zämme» erwähnt. Der Anlass: 1522 kaufte Basel vom Bischof die Gemeinde Riehen, dessen Bewohner:innen damals vor allem Leibeigene waren. Die Zeiten ändern sich ...

Mike Gosteli, BastA! Einwohnerrat Riehen

3. Bewegungen

Auch im Jahr 2022 beteiligten wir uns an den wichtigen Aktionstagen wie dem Feministischen Streik am 14. Juni oder dem Parkingday im September. Der erste Mai 2022 kostete uns besonders viel Energie, da wir federführend ein Bündnis aufbauten, das gemeinsam mit den Gewerkschaften die Demonstration und das Fest auf der Kaserne organisierte.

Besonders spannend zu sehen, ist auch die Verquickung ökologischer Fragen mit Stadtentwicklung. Wir erarbeiteten ein Positionspapier zur Entwicklung des Klybeckareals, das den Fokus auf Lebensqualität für alle Menschen setzt. Die Entwicklungen um Klybeckplus sind geprägt von Scheindemokratie, unklarer Chemiemüllentsorgung und Gentrifizierung bzw. Vertreibung von Menschen, die im Klybeck noch bezahlbaren Wohnraum finden. Die Frage der Chemiemüllentsorgung stellt sich nicht nur im Kleinbasel, sondern auch in Riehen, wo wir zusammen mit SP und Grüne eine Initiative zur Sanierung der Deponie Maienbühl lancierten.

Ein weiteres grosses Projekt stellt der Kampf gegen den Rheintunnel dar. Auf mehreren Ebenen sind wir hier involviert in der Organisierung der betroffenen Quartiere gegen ein solches Monsterprojekt. Neben einigen kleineren Protestaktionen organisierten wir auf der Dreirosenmatte eine Kundgebung mit Festcharakter. Schliesslich ist die Dreirosenanlage eine der wenigen Grünflächen im Kleinbasel, die am Ende dem Rheintunnel zum Opfer fallen wird.

Migration/Flucht/Asyl

In Zusammenarbeit mit Rota (Migrantische Selbstorganisation) problematisierten wir die unterirdische Unterbringung Asylsuchender in der Region Basel und beteiligten uns am jährlichen Lauf gegen Grenzen. Unsere Arbeitsgruppe Migration organisierte zudem zwei Einbürgerungstreffe.

Internationales

Russland/Ukraine

Zu Jahresbeginn erschütterte auch uns der russische völkerrechtswidrige Einmarsch in der Ukraine und nach wie vor beschäftigt uns dieser Krieg. Wir erarbeiteten ein Positionspapier, um eine friedenspolitische Haltung dazu zu

entwickeln. Für uns ist klar, dass das Putin-Regime die Verantwortung für diesen Krieg trägt und seine Truppen abziehen muss und dieser imperialistische Angriffskrieg in aller Schärfe zu verurteilen ist. Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand der ukrainischen Bevölkerung und der russischen Antikriegsbewegung.

Gleichzeitig blicken auch wir besorgt auf eine verstärkte europäische Militarisierung, die mit diesem Krieg gigantische Dimensionen annimmt.

Aus diesem Grund beteiligten wir uns national und kantonally an mehreren Kundgebungen und Demonstrationen, die diese Grundhaltung ebenfalls transportieren.

Türkei/Kurdistan

Im Sommer beteiligten sich unsere Co-Präsidentin Sina Deiss und unsere Parteisekretärin Franziska Stier an einer internationalen Delegation zum Kongress unserer Schwesterpartei HDP in der Türkei. Dieser Kongress lief unter dem Motto „Die Lösung sind wir“ und war zentraler Auftakt für das Wahljahr 2023. Am Rande des Kongresses trafen wir zudem wichtige Vertreter*innen sozialer, queerer und ökologischer Bewegungen, die uns einen Einblick in die politischen Entwicklungen der Türkei gaben.

Darüber hinaus nahmen wir an zahlreichen Demonstrationen und Diskussionen mit unseren kurdischen Freund*innen teil. Die türkische Armee greift immer wieder völkerrechtswidrig die kurdischen Gebiete im Nordirak und Syrien an und wird zugleich innenpolitisch zunehmend repressiver gegen oppositionelle Parteien und Bewegungen.

Iran

Am 21. September wurde die Kurdin Jina Mahsa Amini von der iranischen Sittenpolizei ermordet. Ihr Tod löste eine feministische Revolution aus. Unter dem Slogan „Jin Jiyan Azadi“ und „Zen Zendegi Azadi“ (Frauen Leben Freiheit) kämpfen Menschen im Iran gegen die Sittenpolizei und das autoritäre Mullah-Regime. Unsere Nationalrätin Sibel Arslan unterstützte die feministische Bewegung im Iran von Anfang an mit grossem Engagement, sie sprach an mehreren schweizweiten Kundgebungen und gründete die überparteiliche, parlamentarische Gruppe «Free Iran», die Massnahmen der Schweiz gegen das Iranische Regime fordert. Als sich Sibel Arslan im Oktober an einer Kundgebung in Zürich aus Solidarität mit den Frauen im Iran die Haare abschnitt, ging das Bild durch alle Medien.

4. BastA!-intern

Neue Vision: Neuer Auftritt und geschärfte Positionierung

Mit Blick auf die Herausforderungen der nächsten Jahre hat BastA! ihr Selbstverständnis geschärft und eine konkrete Vision für die eigene politische Arbeit verabschiedet. Die neue Vision wird von einem neuen optischen Auftritt begleitet.

An Workshops und Sitzungen haben die BastA!-Mitglieder über die inhaltlichen Schwerpunkte diskutiert und an der Vision gefeilt. Darin heisst es unter anderem: „Als feministische, ökosozialistische Partei arbeiten wir an der radikalen Umverteilung von Zeit, Macht und Geld. Wir streiten für eine soziale Revolution, die das gute Leben für alle ins Zentrum stellt“.

Sowohl global wie auch in Basel stehen wir vor grossen Herausforderungen, bei denen eine starke linke Stimme unabdingbar ist. Vom feministischen Streik am 14. Juni, zur Umsetzung einer klimaneutralen und klimagerechten Stadt bis 2037, der sozialverträglichen Entwicklung mit genügend Grünflächen des Klybeck-Areales bis zur Verhinderung des Dinosaurier-Projekts Rheintunnel.

Die neue Vision gibt BastA! eine inhaltliche Orientierung um allen Herausforderungen – ob international oder lokal – zu begegnen und unsere Position für Abstimmungs- und Wahlkämpfe zu schärfen.

Neuer Co-Präsident

BastA! hat an der ausserordentlichen Mitgliederversammlung vom 07. Dezember 2022 einen Teil des Co-Präsidiums neu an die Seite von Sina Deiss gewählt. Miriam Wieteska-Zimmerli trat als Co-Präsidentin zurück und Nicola Goepfert wurde neu ins Co-Präsidium gewählt. Miriam musste das Co-Präsidium aufgrund anderer Verpflichtungen verlassen. Wir danken herzlich für ihren Einsatz und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft!

Mit Nicola Goepfert ergänzt ein langjähriges Vorstandsmitglied das Co-Präsidium. Nicola Goepfert ist seit Juni 2022 Mitglied des Grossen Rats. Darüber hinaus engagiert er sich als Co-Präsident der Anlaufstelle für Sans-

Papiers und beim March against Bayer und Syngenta. Er ist in den sozialen und ökologischen Bewegungen verankert.

Gemeinsam möchte das neue Co-Präsidium die Partei weiter vorwärtsbringen und dafür sorgen, dass BastA! auch in Zukunft eine konsequent linke Politik in Basel verfolgt. Das neue Selbstverständnis wird dafür ihre Grundlage sein.

Mitgliederentwicklung

In diesem Jahr durften wir sechs Neumitglieder begrüßen. Das ist weniger als in den Vorjahren. Der Mitgliederstand hält sich mit den Austritten und Bereinigungen aufgrund Beitragssäumigkeit etwa die Waage.

Arbeitsgruppen / Zusammenhänge

Im Sommer 2022 verabschiedete der Vorstand eine Mitgliederbefragung. Ziel war es in Erfahrung zu bringen, was die Bedürfnisse unserer Mitglieder sind und wie wir gemeinsam besser die Welt verändern können.

Dabei haben sich einige neue Zusammenhänge formiert, wie unsere *Social Media Einhörner*, die unsere Beiträge teilen und so zu mehr Sichtbarkeit für unsere Themen beitragen. Auch die Offline-Präsenz lässt sich durch Arbeitszusammenhänge für Versände, Eventplanung, Unterschriftensammlung und Aktionsvorbereitung besser organisieren.

AG Migration

Unsere Arbeitsgruppe Migration hat im Berichtsjahr zwei Einbürgerungstreffe veranstaltet. Das Ziel der Veranstaltungen ist es die Hürden für die Einbürgerung abzubauen und darin zu unterstützen. Pierre-Alain Niklaus und Carolina Hutmacher berichten dabei als ehemalige Mitglieder der Einbürgerungskommission.

AG Umverteilung

Die Arbeitsgruppe Umverteilung arbeitet seit etwa einem Jahr an einem Initiativprojekt zur Wiedereinführung der Erbschaftssteuer im Kanton Basel-Stadt.

Redaktionsgruppe Bulletin

Die Redaktionsgruppe hat in 2022 wieder vier gehaltvolle Ausgaben erarbeitet und etwas Zuwachs erhalten. Neu wurde das Bulletin um eine Serie zu Systemalternativen ergänzt, in denen wir Gesellschaftskonzepte, Utopien und Graswurzelprojekte vorstellen wollen.

Überwachungsstaat – Gerichtsurteil

Seit 2018 ist BastA! dabei Akten beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB) anzufordern. Inzwischen wissen wir, dass der Nachrichtendienst zu viele Daten erfasst. Teilweise erhielten unsere Mitglieder die Auskunft, dass keine Daten über sie hinterlegt sind, spätere Anfragen der BastA! ergaben jedoch Daten zur Person.

2019 nahm sich schliesslich die Geschäftsprüfungsdelegation, bestehend aus National- und Ständerät*Innen einer Prüfung der Arbeit des Nachrichtendienstes an. Auf ihrer Website hält die Geschäftsprüfungsdelegation fest: „Es zeigte sich, dass der NDB Informationen über die politische Betätigung und über die Ausübung der Meinungs-, Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit teilweise im Widerspruch zu den rechtlichen Vorgaben beschafft und bearbeitet hat.“

Nach der Veröffentlichung des Berichts stellten wir erneut ein Auskunftsbegehren und erhielten in November 2019 Verfügungen in denen uns mitgeteilt wurde, dass wir keine Auskunft über 18 Dokumente erhalten werden. Diese Verfügung fochten wir vor dem Bundesverwaltungsgericht an.

Nach über zwei Jahren Verhandlungsdauer kam das Bundesverwaltungsgericht 2022 zu dem Ergebnis, dass der NDB keine ausreichende Begründung geliefert hat, um BastA! Auskünfte zu verweigern. Der NDB muss nun die Auskunftsverweigerung erneut prüfen. Bis heute ist unklar, welche Informationen über BastA! so vertraulich sein könnten, dass sie der NDB nicht herausgeben möchte.

BastA!
Basels starke Alternative

Rebgasse 1, Postfach
4005 Basel
Tel.: 061 / 691 16 31
sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40-31244-5